

Bildungspolitischer Frühling

VON PROF. DR. DANIEL TRÖHLER*

Bildungspolitik ist traditionellerweise eine nationale Angelegenheit, so auch in Luxemburg. Trotz dieses nationalen Hoheitsrechtes gibt es transnationale Bewegungen, die nicht selten von den USA ausgehen und durch sie aktiv verbreitet werden. Es lohnt sich, diese Entwicklungen im Auge zu behalten, weil sie Chancen bieten, die eigene Bildungspolitik reflektiert zu gestalten und nicht von international zirkulierenden Modellen überrollt zu werden, die nur schwer mit den eigenen Gegebenheiten zu vereinbaren sind.

Ein eindruckliches Beispiel einer solchen Entwicklung stellt die US-amerikanische Bewegung Education Spring dar. Dieser – in Analogie zum demokratischen Aufbruch der arabischen Welt – bildungspolitische Frühling der Vereinigten Staaten von Amerika beschreibt eine Vereinigung von LehrerInnen, Eltern und SchülerInnen, die sich gegen das regelmäßige Testen in den Schulen formiert hat. Lehrervereinigungen mit dem provokativen Namen Badass Teachers Association erhalten dabei massiven Zuwachs. Lehrer im Staate Washington boykottieren mit der Unterstützung der Eltern die Durchführung der Schülertests trotz Androhung von Kündigung und die Schüler aus Newark, Philadelphia, Colorado oder New York weigerten sich, getestet zu werden.

Diese Bewegung ist aus europäischer Perspektive aus zwei Gründen von Interesse. Der erste Grund betrifft eine der prominentesten Promotorinnen, die „Konvertitin“ Diane Ravitch, die früher im Staatssekretariat für Bildung unter den beiden Präsidenten George H. W. Bush und Bill Clinton maßgeblich am Ausbau des nationalen Testsystems beteiligt gewesen war und bis 2004 als Leitungsmitglied des National Assessment of Educational Progress, dem größten nationalen Testprogramm, die US-amerikanische Testkultur vorangetrieben hat.

In einem Aufsehen erregenden Buch *Death and Live of the Great American School System* distanziert sich Diane Ravitch 2010 allerdings von ihrer früheren Rolle als Verfechterin des nationalen Testens. Sie argumentiert, dass die (von ihr mit aufgebauten) US-amerikanische Testkultur große Gefahren birgt: Schulpolitik und Schulreform auf der Grundlage von standardisierten Tests würden nicht nur nicht die erwünschten Wirkungen erzielen, sondern fügten der öffentlichen Schule massiven Schaden zu. Aussagen wie diese machen es verständlich, dass Ravitch zu einer der Gallionsfiguren der Bewegung Education Spring stilisiert wurde.

Der zweite und wichtigere Grund für ein europäisches Interesse am bildungspolitischen Frühling der USA liegt in ihrem Einfluss auf die Bildungspolitik Europas. Die USA hatten ihr nationales Testwesen mitten im Kalten Krieg entworfen, nachdem die Sowjetunion 1957 den Satelliten Sputnik in das Weltall geschossen und damit die USA in eine tiefe, geradezu existenzielle Krise gestürzt hatte. Diese reagierte ein Jahr später, 1958, mit der Gründung der NASA sowie mit der Verabschiedung des ersten nationalen Bildungsgesetzes. Mit diesem Gesetz, das etwas martialisch National Defense Education Act genannt wurde, sollten die US-amerikanischen Schulen dahin gehend reformiert werden, dass sie in Zukunft mit der sowjetischen Wissenschaft, deren vermeintliche



Überlegenheit sich mit Sputnik manifestierte, mithalten konnten. Entsprechend betonte das Gesetz die Wichtigkeit von drei Fächern – Mathematik, Naturwissenschaften und Fremdsprachen –, die fortan ins Zentrum der Curricula gerückt werden sollten. Diese Fächer entsprechen fast genau den Kompetenzbereichen, welche das Programme für International Student Assessment, besser bekannt unter seinem Akronym PISA, testet. PISA wurde von der Organization for Economic Co-operation and Development (OECD) entwickelt, die sich seit ihrer Gründung im Jahr 1961 – mit Hilfe von Geldern aus den USA – der Förderung der Mathematik und Naturwissenschaften in ihren europäischen Mitgliedstaaten annahm.

Verglichen mit den viel früher datierenden Bildungsgesetzen der europäischen Staaten reagierten die USA erst spät mit einer legislativen Verankerung auf nationaler Ebene. Der Grund für diese Verzögerung liegt darin, dass die amerikanische Verfassung die Bildungshoheit den einzelnen Bundesstaaten sowie (und weitgehend) den einzelnen Kommunen überlässt. Während der US-amerikanische Präsident global zwar viel Macht besitzt, sind seine Möglichkeiten, den Schulen seines Landes Vorschriften zu machen, äußerst begrenzt.

Diese bildungspolitische Ohnmacht löste in Washington angesichts der wahrgenommenen Überlegenheit der sowjetischen Wissenschaft bzw. ihres Bildungssystems größtes Unbehagen aus und lancierte die Suche nach einem Ausweg aus der Handlungsunfähigkeit. Die Lösung wurde in einem System von finanziellen Anreizen gefunden. Dabei erhielten Schulen, welche sich vermehrt den maßgeblichen

Fächern – Fremdsprachen, Mathematik und Naturwissenschaften – widmeten, finanzielle Unterstützungsleistungen der Regierung in Washington.

Die Schulen akzeptierten in der Folge das viele Geld durchaus, investierten es aber nicht nur in den Ausbau der gewünschten Fächer, sondern renovierten damit auch ihre Schulhäuser oder bauten neue Sportanlagen. Genau in dieser Situation wurde die Idee des vergleichenden Testens geboren. Wer nämlich das Geld gemäß den Vorgaben investiere, so die Überlegung, müsste eigentlich Effekte nachweisen können, die durch Tests sichtbar gemacht werden könnten.

Diese durch vergleichende Tests festgestellten Effekte wurden im Sinne der damals boomenden Humankapitaltheorie als outputs definiert und daran hatte sich die Politik fortan zu orientieren: Monetäre Unterstützung für Schulen sollte nur noch gegen messbare Leistung, das heißt gegen nachweisbare outputs fließen. Die ganze Dekade der 1960er-Jahre war daher ein

„Während in Europa das US-amerikanische Exportprodukt des vergleichenden Testens gegenwärtig einen Höhepunkt erreicht, scheint die Entwicklung in den USA bereits abzufachen ...“

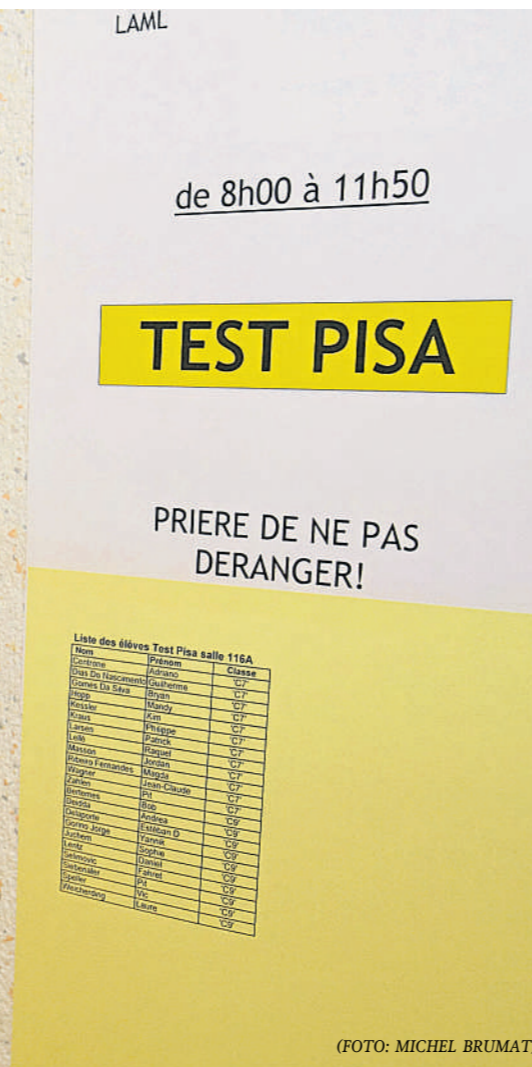
Ringen um die richtigen Testinstrumente und ein Kampf gegen die Proteste der Gewerkschaften, diese Tests einzuführen. 1969 fand der erste Test unter der Federführung der Organisation des National Assessment of Educational Progress statt, der Institution, welcher Diane Ravitch später vorstehen sollte.

Unter Präsident Ronald Reagan wurde der sich im Verlauf der 1960er-Jahre zunehmend entspannende Kalte Krieg massiv wiederbelebt. 1983 – das Jahr, in welchem in den USA unter dem Stichwort A Nation at Risk wieder ei-

ne umfassende Schulreformdebatte geführt wurde – wurde die OECD vom amerikanischen Delegierten bedrängt, nach dem Vorbild der USA vergleichende Bildungsstatistiken über die inputs und outputs der einzelnen Staaten zu erstellen. Nach anfänglich heftiger Gegenwehr lenkten die europäischen Mitgliedstaaten ein; erstes Resultat dieser Entwicklung war die ab 1992 erscheinende OECD-Reihe international vergleichbarer gemachten Bildungsstatistiken Education at a Glance, die aufgrund eigendynamischer Prozesse der OECD im Testprogramm PISA mündeten.

Die, wenn auch erfolglose, europäische Gegenwehr gegenüber der US-amerikanischen Initiative war wohl begründet. Im Unterschied zu den USA ist Bildungspolitik in Europa staatlich bzw. bundesstaatlich geregelt und ihr Kern entspricht traditionellerweise dem, was heute input genannt wird: Lehrplan- und Lehrmittelenwicklung sowie LehrerInnenbildung, also genau das, was in den USA nicht – oder nur sehr erschwert – möglich ist. Warum die output-Bildungspolitik, die in den USA gewissermaßen als Notlösung gegen die Handlungsunfähigkeit der Bundes-

regierung entwickelt wurde, in die Bildungspolitik der europäischen Staaten eindringen konnte, kann wohl nur mit den Bedingungen während des Kalten Krieges erklärt werden. Das heißt, durch die massiv wiederbelebten Spannungen unter dem US-amerikanischen Präsidenten Ronald Reagan, welche die internationale Kooperation gerade auch in ihrer konservativen Ausrichtung stärkte: Premierministerin Margaret Thatcher war schon seit 1979 im Amt und Helmut Kohl folgte Helmut Schmidt im Jahr 1982 als Kanzler. Der Druck, die natio-



(FOTO: MICHEL BRUMAT)

nen bildungspolitischen Besonderheiten abzubauen, nahm ebenso zu, wie die erheblichen finanziellen Anreize aus den USA, eine standardisierte internationale Bildungsstatistik durchzusetzen. Diese wurde paradoxerweise erst nach dem Ende des Kalten Krieges mit internationalen Tests wie PISA sichtbar und dominant.

Während in Europa das US-amerikanische Exportprodukt des vergleichenden Testens gegenwärtig einen Höhepunkt erreicht, scheint die Entwicklung in den USA bereits abzufachen oder zumindest, wie an der Bewegung des Education Spring ersichtlich wird, von einer wirkungsstarken Gegenkultur herausgefordert zu werden: Die amerikanische output-Politik hat gemäß ihrer ehemaligen Promotorin Diane Ravitch keine nachweisbaren bzw. überwiegend negative Effekte auf die Schule. Deswegen fordert sie nun eine politisch nachhaltige Entwicklung des öffentlichen Bildungswesens, also eigentlich die alte europäische input-Politik.

Die europäische Bildungspolitik sollte dies zum Anlass nehmen, sich wieder auf ihre zentralen Kontroll- und Einflussinstrumente zu besinnen, über die sie im Unterschied zu den Vereinigten Staaten tatsächlich verfügt. Es genügt allerdings nicht, Lehrpläne schlicht auf (international test- und messbare Kompetenzen umzuschreiben. Sie müssen zusammen mit den Lehrmitteln entwickelt werden, am besten und am nachhaltigsten unter Einbezug aller Beteiligten. Das ist zwar ein langwieriger Prozess, jedoch einer, der die Staaten dabei unterstützen kann, sich nachhaltig und insbesondere demokratisch zu entwickeln. Denn eine funktionierende Demokratie braucht entsprechend gebildete Menschen, genauso wie eine adäquate Bildung die Demokratie braucht.

* Daniel Tröhler ist Professor für Erziehungswissenschaft an der Universität Luxemburg.

Die letzte Chance für die Ukraine und Europa

VON GEORGE SOROS*

Die Europäische Union steht an einem Scheideweg. Wie sie in fünf Jahren aussieht, wird in den nächsten drei bis fünf Monaten entschieden.

Jahr für Jahr hat sich die EU erfolgreich durch ihre Schwierigkeiten hindurch gewurstelt. Nun aber muss sie sich mit zwei existenziellen Krisenherden beschäftigen: Griechenland und der Ukraine. Das könnte sich als zu schwierig erweisen.

Die lang andauernde Krise in Griechenland wurde von Beginn an von allen Parteien falsch angegangen. Und jetzt kochen die Emotionen derart über, dass als einzige konstruktive Alternative ein weiteres Durchwursteln übrig bleibt.

In der Ukraine allerdings ist die Lage anders. Dort sind die Verhältnisse glasklar. Das Russland Wladimir Putins ist der Aggressor, und die Ukraine, die sich verteidigt, verteidigt auch die Werte und Prinzipien, auf denen die EU beruht.

Aber Europa behandelt die Ukraine wie ein weiteres Griechenland. Dies ist der falsche Ansatz und führt zu den falschen Ergebnissen. Putin gewinnt in der Ukraine an Boden, und Europa nimmt dies kaum wahr, da es so sehr mit Griechenland beschäftigt ist.

Putin will in der Ukraine keinen militärischen Sieg, durch den er einen Teil des Landes erobern würde und dafür die Verantwortung übernehmen müsste. Vielmehr strebt er einen finanziellen und politischen Zusammenbruch an, der das Land destabilisiert und für den er die Verantwortung ablehnen kann. Dies hat er dadurch gezeigt, dass er bereits zweimal einen militärischen Sieg in einen Waffenstillstand verwandelt hat.

Wie erfolgreich er damit ist, zeigt die Zerrüttung der ukrainischen Lage zwischen den beiden Waffenstillstandsabkommen – Minsk I vom letzten September und Minsk II vom Februar. Aber dieser Erfolg ist nur vorübergehend, und die Ukraine ist für die EU ein zu wichtiger Verbündeter, als dass sie einfach aufgegeben werden könnte.

An der EU-Politik ist etwas grundlegend falsch. Wie sonst hätte Putins Russland die Verbündeten der Ukraine, die einst die freie Welt anführten, so ausmanövrieren können?

Das Problem ist, dass Europa der Ukraine genau wie Griechenland immer nur kleine Brocken hingeworfen hat. So kann die Ukraine gerade so überleben, während Putin den Vorteil des Vorreiters hat. Er kann sich zwischen einem hybriden Krieg oder einem hybriden Frieden entscheiden, und die Ukraine und ihre Verbündeten können nur reagieren.

Der Niedergang der Lage in der Ukraine beschleunigt sich immer weiter. Der finanzielle Zusammenbruch, vor dem ich seit Monaten gewarnt hatte, fand im Februar statt, als der Wert der Hryvnia in nur wenigen Tagen um 50% fiel und die ukrainische Nationalbank

„Das letzte Kapitel dessen, was ich die ‚Tragödie der Europäischen Union‘ nenne, besteht darin, dass die EU die neue Ukraine verlieren wird.“

große Summen Geldes ausgeben musste, um das Bankensystem zu retten. Der Höhepunkt wurde am 25. Februar erreicht, als die Zentralbank Importkontrollen einfuhrte und den Zinssatz auf 30% erhöhte.

Seitdem haben Präsident Petro Poroschenkos Sparsamkeitsappelle den Wechselkurs fast bis zurück auf das Niveau gebracht, das dem ukrainischen Haushalt von 2015 zugrunde lag. Aber dieser Fortschritt ist extrem zerbrechlich.

Der zeitweise Zusammenbruch hat das öffentliche Vertrauen erschüttert und die Bilanzen der ukrainischen Banken und Unternehmen, die in harten Währungen verschuldet sind, ins Wanken gebracht. Außerdem hat er die Berechnungen unterminiert, die den Ukraine-Programmen des Internationalen Währungsfonds zugrunde liegen. Die erweiterte Fondsfasilität des IWF reichte schon vor ihrer Verabschiedung nicht mehr aus.

Aber die EU-Mitgliedstaaten haben sich angesichts ihrer eigenen Haushaltsbeschränkungen nicht bereit ge-

zeigt, zusätzliche bilaterale Hilfe zu erwägen. Und so bewegt sich die Ukraine weiter am Rand des Abgrunds entlang.

Gleichzeitig gewinnt im Land ein radikales Reformprogramm an Fahrt, was langsam auch für die ukrainische Öffentlichkeit und die europäischen Regierungen sichtbar wird. Zwischen der sich verschlechternden externen Lage und dem zunehmenden Fortschritt bei den internen Reformen besteht ein enormer Kontrast. Dadurch bekommt die Situation in Kiew einen Anschein von Unwirklichkeit.

Ein plausibles Szenario ist, dass Putin sein Optimalziel erreicht und der Widerstand der Ukraine zerbröckelt. Europa würde von Flüchtlingen überflutet – eine realistische Schätzung wären zwei Millionen. Laut Ansicht vieler Menschen wäre dies der Beginn eines zweiten Kalten Krieges. Wahrscheinlicher ist, dass ein siegreicher Putin viele Freunde in Europa haben würde und die Sanktionen gegen Russland gelockert würden.

Dies wäre für Europa das schlimmstmögliche Ergebnis, da der Kontinent noch stärker geteilt würde und sich zu einem Schlachtfeld zwischen den Interessen von Putins Russland und den Vereinigten Staaten entwickeln könnte. Damit würde die EU aufhören, eine funktionierende politische Macht in der Welt zu sein (insbesondere dann, wenn auch noch Griechenland die Eurozone verlässt).

Ein wahrscheinlicheres Szenario ist, dass Europa der Ukraine weiterhin kleine Brocken hinwirft und sich so durchwurstelt. Das Land bricht nicht zusammen, aber die Oligarchen gewinnen an Boden und die neue Ukraine fängt an, der alten Ukraine zu ähneln.

Für Putin wäre dies beinahe ebenso befriedigend wie ein völliger Zusammenbruch. Aber sein Sieg wäre weniger sicher, da er zu einem zweiten Kalten Krieg führen würde, den Russland ebenso wie die Sowjetunion damals verlieren würde. Putins Russland benötigt einen Ölpreis von 100 Dollar pro Barrel und wird in zwei bis drei Jahren keine Währungsreserven mehr haben.

Das letzte Kapitel dessen, was ich die „Tragödie der Europäischen Union“ nenne, besteht darin, dass die EU die neue Ukraine verlieren wird. Die Prinzipien, die die Ukraine verteidigt – die selben Prinzipien, auf denen die EU gründet – werden aufgegeben, und die EU muss dann zu ihrer Verteidigung viel mehr Geld ausgeben, als sie für den Erfolg der neuen Ukraine zahlen müsste.

Es gibt aber auch ein hoffnungsvolleres Szenario. Die neue Ukraine ist immer noch lebendig und gewillt, sich zu verteidigen. Obwohl die Ukraine, auf sich gestellt, der russischen Militärmacht nicht standhalten kann, könnten sich ihre Verbündeten entscheiden, „alles was nötig ist“ zu tun, um zu helfen – bis auf die Teilnahme an einer direkten militärischen Konfrontation mit Russland oder die Verletzung des Abkommens von Minsk. Dies würde nicht nur der Ukraine helfen, sondern auch der EU, die damit ihre verloren geglaubten Werte und Prinzipien wieder erlangen könnte. Dies ist natürlich mein bevorzugtes Szenario.

* George Soros ist Vorsitzender von Soros Fund Management und der Open Society Foundations. Copyright: Project Syndicate, 2015. www.project-syndicate.org



(FOTO: AFP)